

# Danziger Zeitung.



No 6679.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettelhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kgl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R 15 Gr. Auswärts 1 R 20 Gr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reimeyer und Rud. Wosse; in Leipzig: Eugen. Fort und S. Engler; in Hamburg: Hagenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

1871.

## Frankfurter Lotterie.

In der am 11. Mai c. beendeten Ziehung der 6. Klasse fielen 2 Gewinne von 1000 R auf No. 2532 8101, 6 Gewinne von 200 R auf No. 2918 6987 11,402 16,020 19,562 22,031.

Von den für die zehn zuletzt gezogenen Nummern bestimmten Prämien fiel 1 von 100 R auf No. 25,954, 1 von 120 R auf No. 12,184, 1 von 160 R auf No. 7764, 1 von 200 R auf No. 24,043, 1 von 250 R auf No. 24,114, 1 von 350 R auf No. 14,486, 1 von 600 R auf No. 17,965, 1 von 1000 R auf No. 24,653, 1 von 200 R auf No. 5177, 1 von 3000 R auf No. 4762.

## Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Bremen, 14. Mai. Heute Nacht brannten 5 an verschiedene Firmen vermittelten, in der Neustadt bei der Eisenbahnbrücke gelegenen Koniglichen Badhäuser ab, von welchen eines 1500 Pallen Baumwolle enthielt, drei ganz und eines theilweise mit Tabaksporräthen angefüllt waren. Die Gebäude waren zu 20,000 R, die Waaren ganz versichert. Der Gesamtschaden wird auf mehr als eine halbe Million Thaler geschätzt.

Verfailles, 14. Mai. Morgens. Heute Nacht hat sich kein militärisches Ereigniß von Bedeutung zugetragen. Die Beschießungen sollen in Bereitschaft sein, das Feuer gegen die Mauern der Enceinte zu eröffnen.

Wien, 14. Mai. Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses hat die Erlassung einer Adresse an den Kaiser beschlossen.

## Reichstag.

34. Sitzung am 13. Mai.

Die Declaration des § 1 des Gesetzes, betreffend den Verkehr der Genossenschaften mit Nichtmitgliedern wird endgiltig genehmigt.

Erste Berathung des Pensions-Gesetzes. Der erste Theil der Vorlage handelt von den Offizieren und Militärärzten, der zweite von den Unteroffizieren und Soldaten. Der Verlust der deutschen Heere ist zur Zeit noch nicht zu überschauen, dürfte indessen mit 5000 Offizieren und 120,000 Unteroffizieren und Soldaten kaum zu hoch berechnet sein. Für letztere würde der jährliche Geldbedarf sich auf ungefähr 9,660,000 Thlr., für die Offiziere und Ärzte letztere müßte auf  $\frac{1}{2}$  der Summe, mithin der Geldbedarf überhaupt zunächst auf 13,288,000 Thaler jährlich belaufen. Zugleich soll die Vorlage die legislativen Pläne in dem Militärpensionswesen ausfüllen. Die bez. finanzielle Vorlage an den Reichstag haben sich die verbündeten Regierungen vorbehalten. — Staatsminister v. Roon: Ein Anlaß, die Vorlage Ihrem Wohlwollen zu empfehlen, liegt nicht vor, und zwar, weil das Gesetz in seinen Motiven Alles das enthält, was für seine Annahme sprechen dürfte. Auf der anderen Seite könnte ich mich aber auch einer Empfehlung um deswillen entschlagen, weil ich glaube, daß Ihre patriotischen Gefinnungen der Vorlage entgegenkommen. Es ist aber, was mich veranlaßt das Wort zu ergreifen, der innerliche, herzliche Drang, für diejenigen zu sprechen, welche mir aus sehr natürlichen Ursachen nahe stehen, für die Armee, für die Marine und ihre Verwundeten und Beschädigten, für die tapferen Krieger, welche minder glücklich als ihre gleich tapferen, aber nicht verwundeten Kameraden aus dem Kampfe hervorgegangen sind und Schmerzen und Leiden mancherlei Art zu ertragen hatten; ein Wort der Sympathie, welche ich empfinde für Alle diejenigen, die ihre Theuren und Lieben haben blutig in fremder Erde betten lassen müssen und welche nunmehr des Trostes und der Hilfe bedürfen, die ihnen das Vaterland zu gewähren hat und gewähren wird. (Lebhafter Beifall.) Gestatten Sie mir noch einige Worte über das Maß, in welchem, und über die Mittel, durch welche die Hilfe des Vaterlandes zu gewähren sein wird. Daß für die Verluste, um welche es sich handelt, nicht der volle Ersatz möglich ist, leuchtet ein; es kann sich immer nur handeln um eine Entschädigung. Sie bleiben unsere Gläubiger, die tapferen Söhne des Vaterlandes, die für seine Freiheit und Unabhängigkeit, für seinen Ruhm und seine Ehre gekämpft und geblutet haben, auch dann, wenn der Gesetzentwurf unverändert durchgeht. Es ist keine Frage, daß unsere Kämpfer noch etwas Anderes in Rechnung stellen müssen, das ist das unveräußerliche Ehrentkapital, welches in dem Bewußtsein liegt, für das Vaterland Ruhm und Größe gekostet und gebildet zu haben. Und unsere Verwundeten, wo und wie sie uns auf der Straße begegnen, werden ja, das weiß ich, von Jedermann eben um deswillen hochgehalten, weil sie für das Vaterland gekämpft, für das Vaterland geblutet haben und weil der Verlust ihrer Glieder eine Mehrung ihrer Ehre herbeigeführt hat. (Bravo.) Daß dem Vaterland jeder vergossene Blutstropfen, jedes erloschene Leben theuer und werth ist, darin liegt eben die Veranlassung für diejenigen, welche beschädigt sind, sowie für die Hinterbliebenen der Gefallenen zu sorgen. Die den Pensionsempfängern zugebilligten Sätze sind also immer nur eine mäßige Entschädigung; sie sind bemessen nach billigen Grundätzen, bedingt von der Dienststellung, von der Dienstzeit, von der Natur der Invalidität, von dem Geldwerth der Gegenwart und den verschiedenen Graden der Hilfsbedürftigkeit. Die Mittel sind glücklicherweise vorhanden; wären sie es nicht, so würden wir unendlichem Elend auf allen Straßen begegnen; das Vaterland würde seinen Kämpfern und Vertheidigern schuldig bleiben müssen, wozu es ihnen verpflichtet ist. Wenn wir erwägen, daß diejenigen, für welche ein Antheil an diesen durch den Krieg errungenen Mitteln beanprucht wird, dieselben durch ihre Tapferkeit und Treue, ihre Leiden und Schmerzen haben selbst miterkämpft, so kann ich sicher annehmen, daß man ihnen diesen bil-

ligen Antheil nicht vorenthalten wird. Aber der Gesetzentwurf beschäftigt sich nicht allein mit den Kämpfern, sondern auch mit allen kriegs- und invaliden gewordenen. Ihnen darf die Anerkennung des Vaterlandes eben so wenig entzogen werden. Diejenigen, welche im Frieden invalide geworden sind, haben eben durch ihre pflichttreue Arbeit im Frieden ihr Lebenskapital früher verzehrt, als es bei einer andern eintäglichen Beschäftigung vielleicht geschehen sein würde. Auch dieser friedlichen Kriegesarbeit werden Sie, wenn auch in wärmeren Grenzen, die verdiente Anerkennung nicht versagen wollen, denn Sie haben es eben erfahren, was es bedeutet ein Heer zu besitzen, welches, wie das deutsche, aus dem Volke hervorgegangen, in das Volk zurückkehrt, als ein geschultes Volk in Waffen angesehen werden muß und was sich als solches vor Europa bewährt hat. Ein scharfes Schwert, fort und fort scharf und schnell, die Hand, die es führen soll, kräftig und geküßt zu erhalten, das ist die Arbeit des Friedenssoldaten und was stete Kampfbereitschaft für das Vaterland werth ist, das haben wir neuerdings deutlich erkannt. (Lebhafter Bravo.) — Abg. Schulze: Der finanzielle Standpunkt ist in diesem speziellen Falle von untergeordneter Bedeutung. Die Invaliden haben die nöthigen Fonds selbst erkämpft; und wäre das nicht der Fall, wir müßten die größten Opfer bringen, um für die Männer zu sorgen, die das unsägliche Unheil einer feindlichen Invasion abgewehrt haben. (Bravo.) An dem Gesetz selbst habe ich auszusagen, daß für die unteren Chargen kaum auskömmlich gesorgt ist, aber um Abhilfe zu schaffen, müßten weite Ermäßigungen angeordnet werden und ich halte zunächst für das Nothwendigste, den Combattanten rasch zu gewähren, was möglich ist. Ich bin deshalb für schleunigste Erledigung der Vorlage, und nur die Frage, ob die Bestimmungen über die Friedenspensionen nicht bis zur nächsten Session aufgeschoben werden kann, darf uns aufhalten. — Abg. v. Bonin für Veranlassung im ganzen Hause. Einem Vorleser würde ich mich auf das allerentschiedenste widersetzen (sehr richtig); wir können das Gesetz sehr schnell erledigen, denn wir wollen unseren Invaliden helfen, und nicht an einzelnen, kleinsten Bestimmungen kleinsüßig abgeln. (Beifall.) — Abg. v. Bunsen: Noch keine Vorlage ist in diesem Hause mit solcher Sympathie begrüßt worden, als diese. Dennoch erregt sie in einzelnen Theilen ernste Bedenken, namentlich in denen, welche sich nur in Verbindung mit einem Civilpensionsgesetz endgiltig erledigen lassen. Auch dürfen wir uns nicht verhehlen, daß der Entwurf im eminentesten Sinne ein Finanzgesetz ist. (Sehr richtig.) Ich darf wohl hoffen, daß unsere Vorstellungen am Tische des Bundesraths ein billiges und eifriges Entgegenkommen finden werden. Es wäre z. B. hohes Unrecht, zwei Kategorien Hilfsbedürftiger so spärlich zu versorgen, wie es der Entwurf beabsichtigt. Für die Wittwen von Unteroffizieren und Gemeinen sind die ausgesetzten Sätze entschieden zu gering. 50 Thlr., die als Erziehungshilfe für Kinder von Offizieren festgesetzt sind, reichen ebenfalls nicht zu. Ferner ist bei den Offizieren nicht nur bei Frau und Kind, sondern auch bei anderen Angehörigen, wenn sie in dem Falle ihren Ernährer verloren, eine Versorgung vorgesehen. Diese Erweiterung ist aber nicht auf Unteroffiziere und Gemeine ausgedehnt und das ist eine höchst bedauerliche Lücke. Die Offiziere erhalten nach Friedensschluß Metallpensionsgelder; mindestens aber so nöthig bedürfen die unteren Chargen einer Unterstützung, um ihren Rücktritt in das bürgerliche Leben zu erleichtern. (Sehr richtig.) Diese Bedürfnisse sind entweder kleine Leute, Handwerker, und diesen ist meistens schon mit einem anständigen Vorkurs geholfen, der sich für 10—20 Thlr. beschaffen läßt, oder es sind Leute, die schon einem Geschäft vorgestanden haben, und da reicht die Wohlthätigkeit von Gemeinden und Vereinen nicht aus. Hier muß der Staat eingreifen. Mit Geldspenden darf man dieser Leute Gehrgeld nicht verlegen; ich schlage Darlehnskassen vor. Als der Krieg in seiner Blüthe stand, hieß es, die Invaliden und ihre Angehörigen müßten so vom Staate gestellt werden, daß die Vereinsthätigkeit unnöthig sei. Wenn die Sätze dieser Vorlage auf's Klüffste erhöht würden, wäre die Vereinsthätigkeit noch von Nothen. Deshalb ist die Gründung einer „Allgemeinen Deutschen Invaliden-Stiftung“ eine absolute Nothwendigkeit; noch wartet Deutschland vergebens darauf. Zwei große Stiftungen, von denen die eine eine mehrjährige, praktische Erfahrung zur Seite hat, haben alles gethan, sich zu einem größeren Verein zu verschmelzen; sie haben den Entwurf eines gemeinsamen Statuts ausgearbeitet, der aber noch immer der Bestätigung durch die Behörde harret. Die Verzögerung ist auf's Tiefste zu beklagen und ruft allerseits die schwerste Sorge hervor; ich wünsche dringend, daß wir vor der zweiten Lesung die Gewißheit haben, daß der freien Vereinsthätigkeit ebenso die Wege gebahnt sind, wie sie dieser Entwurf der Staatshilfe bahnen will. (Lebhafter Beifall.) — Abg. v. Bönner: Für mich ist nicht die entscheidende Frage, ob Plenar-, ob Commissionenberathung; ich würde die letztere vorziehen, aber nur unter der unerlässlichen Bedingung, daß sie nicht benutzt wird, die Erledigung des Gesetzes bis zur nächsten Session zu verzögern. (Bravo.) Ich für meine Person wünsche vom Bundesrath noch Aufklärung über die finanziellen Folgen des Gesetzes. Die Dankbarkeit gegen unsere braven Truppen darf uns nicht hindern, diese Seite in ernstester Erwägung zu ziehen. Wir wollen die Summen nicht verkleinern; wir sind im Gegen-

theil der Ueberzeugung, daß für die Unteroffiziere und Gemeinen lange nicht genug gethan ist. (Lebhafter Beifall.) Ich wünsche nur eine ungefähre Angabe, wie sich die jährlichen Ausgaben in Folge dieses Gesetzes stellen werden. Dem Abg. Bunsen bin ich, wie für viele Bemerkungen, namentlich dafür dankbar, daß er die Frage angeregt hat, wie unseren Soldaten der Uebergang in's bürgerliche Leben zu erleichtern sei. Nur sehe ich nicht ein, weshalb ihnen Geldspenden nicht helfen sollen. Der Ehr der Offiziere tritt es ja auch nicht zu nahe, da er Geld zu nehmen. Wir können ihnen von Herzen ihre Rekrutementsgelder; aber unsere Soldaten haben sie ebenso nöthig, und vor Allem die Reservisten und Landwehrmänner. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Miquel: Das Gesetz ist nach der finanziellen Seite nicht genügend motivirt; aber das ist unwesentlich. Wir Alle haben die Ueberzeugung, erstens, daß die nöthigen Mittel vorhanden sind, und zweitens, daß sie vorhanden sein müssen. Wir sind nicht reich genug, um, wie die Franzosen, unsere Ehr- und Ruhmsucht zu bezahlen, aber wir sind reich genug, die Männer und ihre Familien zu entschädigen, die zu Opfern des großen nationalen Vertheidigungskrieges geworden sind. (Beifall.) Für die Hinterbliebenen sind die Dotationen völlig unzureichend. Bei Erziehungsgeldern darf man nicht zögern; es handelt sich nicht nur um eine nationale Pflicht, sondern auch um ein nationales Interesse, denn was für die Erziehung auszugeben wird, trägt hundertfältige Zinsen. Schließlich glaube ich der Wohlthat dieses Gesetzes müssen auch die Soldaten aus Elsaß und Lothringen theilhaftig werden, die im Kampfe gegen uns verwundet sind. (Bravo!) Wir müssen konstatiren, daß sie jetzt deutsche Bürger mit gleichen Pflichten, aber auch mit gleichen Rechten sind. Ueber diese Frage wünsche ich eine Erklärung vom Bundesrath. (Beifall.) — Minister v. Roon: Wir behalten uns vor, auf die Bemängelungen des Gesetzes bei der zweiten Lesung zu antworten. Nur dem Vorredner, der eine große Auslassung that, möchte ich erwidern, daß die Frage, die er angeregt hat, keineswegs unerwogen geblieben ist. Man hat aber in dieser Hinsicht vor ausgesetzt, daß das Haus selbst die Aufmerksamkeit der Regierung auf diese Auslassung lenken werde. Von Seiten des Bundesraths bin ich zwar nicht bezeugt, in dieser Angelegenheit eine bindende Erklärung abgegeben; dennoch glaube ich, daß einem solchen großmüthigen Antriebe nicht widerprochen werden wird. (Bravo.) — Abg. v. Hennig: Ich weiß nicht, ob nur die eisenfässigen Soldaten, die in Elsaß und Lothringen zurückbleiben, berücksichtigt werden sollen, oder alle, die in der französischen Armee geblieben haben; welches Kapital wäre dann erforderlich? — v. Roon: Wenn der Vorredner sagt, er wisse dies und jenes nicht, so bin ich in derselben Lage (Gitterkeit); wahrscheinlich weiß die französische Regierung selbst nicht, wie viel Eisenfässer in ihrer Armee dienen. Natürlich hätten nur die Soldaten, die als deutsche Bürger im Elsaß zurückbleiben, Ansprüche. — Abg. Graf v. Moltke: In Betreff der Eisenfässer Combattanten ist ein bedeutender Unterschied zu machen. Ein großer Theil kämpfte als Francsträger, die heute auf unsere Soldaten schossen, morgen ihr Gewehr verließen und als Civilisten einhergingen. — Abg. Pöcker: Wir wollen möglichst schnell für unsere Invaliden sorgen, und die Anregung des Abg. Miquel ist nur geeignet, unsere Arbeiten aufzuhalten. Wir können diesen Punkt in nächster Session erledigen. (Sehr richtig); aber wir würden Unrecht thun, die Befriedigung der gerechten Forderungen unserer Vertheidiger auch nur einen Augenblick deshalb zu verzögern. (Lebhafter Beifall.)

Postgesetz. § 3: Die Annahme und Beförderung von Briefen und Zeitungen darf von der Post, sofern die Vorschriften über Abrechnung z. beobachtet sind, nicht verweigert, insbesondere darf keine im Reich erscheinende Zeitung, so lange überhaupt der Vertrieb der Zeitungen durch Postdebit erfolgt, ausgeschlossen und ebensowenig darf bei der Normirung der Provision nach verschiedenen Grundätzen verfahren werden. — Abg. Sonnenmann fragt, ob man nicht eine in den altpreussischen Provinzen bestehende Einrichtung aufheben möchte, welche für Verleger einen großen Nachtheil mit sich führt. Es wird nämlich den Zeitungs-Redactionen die Devisen der auswärtigen Abonnenten nicht mitgetheilt, so daß es ihnen unmöglich ist, sich darüber zu orientiren, auf eine Vergrößerung des Abonnements hinzuwirken. — Generalpostdirektor Stephan: Die Einrichtung hat sich praktisch herausgebildet. Da wo der Staat den Zeitungen auch noch die Verpackung befohl, wie z. B. in Berlin, liegt natürlich keine Veranlassung vor, diese Mittheilungen zu machen. Die gewünschte Mittheilung würde kein Bedenken haben, sofern nicht der Postbehörde neue Kosten daraus erwachsen. — Abg. Dandeker: Die Verweigerung der Mittheilung hat sich nicht praktisch herausgebildet. Zu Zeit der Reaktion hatte man in Preußen für mißliebige Zeitungen zwei Strafen; die eine bestand in der Entziehung des Postdebts, die zweite in der Verweigerung der Mittheilung. Da, es ist in jener Zeit ein ausdrückliches Ministerialreskript ergangen, welches das Verbot dieser Mittheilung geradezu auspricht. — Generalpostdirektor Stephan: Ich muß einen ganz formellen Protest dagegen erheben, als ob die Postverwaltung irgend wie bei Handhabung der Gesetze nach politischen Parteirücksichten verfahren. — Abg. Dandeker: Ich habe nur auf das thatsächlich erlassene Ministerialreskript hinweisen wollen, nach welchem die Postbehörde sich zu richten habe. — Abg. Dr. Becker schlägt vor, § 3 so zu fassen: „Die Annahme und Beförderung von Briefen und Zeitungen darf von der Post nicht verwei-

gert werden, sofern die Bestimmungen dieses Gesetzes und des Reglements beobachtet sind, insbesondere darf u. s. w. wie die Regierungsvorlage. In dieser Fassung wird § 3 angenommen. Die übrigen §§ werden mit unwesentlichen Abänderungen angenommen.

Gesetz über das Postwesen. § 1. „Das Porto beträgt für den frankirten gewöhnlichen Brief bis 15 Gramm 1 R, bei größerem Gewicht 2 R. Bei unfrankirten Briefen tritt ein Zuschlagporto von 1 R hinzu. Dasselbe Zuschlagporto wird bei unzureichend frankirten Briefen neben dem Ergänzungporto in Ansatz gebracht. Postpflichtige Dienstbriefe werden mit Zuschlagporto nicht belegt, wenn die Eigenschaft derselben als Dienstbriefe auf dem Couvert erkennbar gemacht ist. — Abg. Reichensperger (Erfeld) will hinter „Dienstbriefe“ einschalten: „und die von Soldaten in eigener Angelegenheit abgesetzten Briefe“, ferner hinter „Dienstbriefe“ „bezüglich als Soldatenbriefe.“ — § 1 wird genehmigt, der Antrag Reichensperger's abgelehnt. — § 2. Paketporto nebst der Stala von 5 bis 180 Meilen pro Pfund. Als Minimalfrage für ein Paket werden bis 5 Meilen 2 R, über 5 bis 15 Meilen 3, über 15 bis 25 Meilen 4, über 25 bis 50 Meilen 5 und über 50 Meilen auf alle Entfernungen 6 R erhoben. Abg. v. Landen-burg verlangt Auskunft über den Einfluß der Veränderung der Paketportofrage auf die Einnahmen und spricht die Vermuthung aus, daß trotz der auf dem kleinen Verlehr schwer lastenden Erhöhung des Portos für kleine Pakete die erwartete Mehrer-nahme nicht erzielt worden sei. Diefem Verlangen nach Auskunft setzt Generalpostdirector Stephan ein so entschiedenes Schweigen entgegen, daß nicht nur das Haus, sondern auch er selbst lachen muß. — §§ 3—7 werden genehmigt; § 8: „Für die Abtragung der mit den Posten gekommenen und nach dem Ortsbestellbezirk der Postanstalten gerichteten Briefe ohne Werthangaben, Correspondenzkarten, Drucksachen, Waarenproben, recommandirten Sendungen, Begleitadressen zu Paketen, Postanweisungen und Formulare zu Abfertigungsscheinen wird eine Bestellgebühr nicht erhoben. Gebühren für Poststempel über die Einlieferung von Sendungen zur Post und Gebührgeldern für abholende Briefe, desgleichen Packamtergeld, kommen nicht zur Erhebung.“

Auf den Antrag v. Schenk's werden die gesperrten Worte gestrichen. Der § 8 giebt Anlaß zu Angriffen gegen das Landbriefstellgesetz. Der General-Postdirector schlägt diesen Angriffen noch den besonders kräftigen einer Zeitung hinzu, dessen Wortlaut er verliest. „Wenn ein Privatmann so verfährt, wie die Post, so würde man, sagt diese Zeitung, von Prellerei sprechen. Der Landbote, der auf Schusters Kappen reitet, kostet 1 Gulden pro Tag und nimmt täglich sicher 3 Gulden ein, macht im Jahre zu Gunsten der Post 300 Mal 2 Gulden, also 600 Gulden. Ein habsches Stimmchen!“ Allerdings ein habsches Stimmchen, namentlich, wenn der Rechner Recht hätte. Denn dann brächten die Landpostboten in Deutschland 54 Millionen Ueberfluß für die Postverwaltung ein. Ich will aber dem Verfasser jenes Artikels nicht mittheilen, daß er auf den Ueberfluß und dem Landbriefstellgesetz angewiesen wird (Gitterkeit). Zu § 9, Verkauf von Postwerthzeichen durch die Postanstalten, beantragt Abg. Hammer den Zusatz: „die Postdirection ist ermächtigt, denjenigen Personen, welche sich mit dem Verschleiß von Freimarken, Franco-Converts, Streifbändern und Correspondenzkarten befassen wollen, einen Rabatt bis zu 2 Procent zu gewähren.“ — General-Postdirector Stephan: In England, wo die Freimarken zuerst im Großen in Gebrauch gekommen sind, war man zu einer Rabattgewährung genöthigt. Für uns würde der Ausfall in Folge des Rabattes ein sehr empfindlicher sein. Uebrigens bekommt man in den großen Städten überall Freimarken. — Auch v. Batow leugnet das Bedürfniß und berichtet Fälschungen, da die Freimarken zu kleinen Zahlungen vielfach verwendet werden. Der Antrag Hammer wird abgelehnt.

Nächste Sitzung: Montag.

## Deutschland.

\* Berlin, 14. Mai. Der Abschluß des Friedens hat begreiflicherweise ganz Deutschland in die glücklichste Stimmung versetzt und Jeder dankt dem Kanzler dafür, daß er die Verlegenheiten der übermüthigen Gegner geschickt benutzt, nicht nur, wie er sich vorgenommen, die Verhandlungen wieder in Fluß, sondern sofort zum Abschluß gebracht hat. Die Formulirung der Friedensbedingungen kennen wir auch heute noch nicht, denn die Rede des Kaisers berührte nur die wesentlichen Hauptpunkte, in dessen wollen wir gern die Hoffnung hegen, daß diesmal Alles endgiltig geordnet ist. Die Stimmen der Presse sprechen sich zum größten Theil mit vollständiger Befriedigung aus, nur die „Frei. Stg.“ zweifelt daran, „daß diese neuen Abmachungen sich als besser durchdacht erweisen möchten, als die ersten“, und zwar befürchtet das Blatt des Herrn Sonnenmann, daß die Contributions-Summe kaum zu beschaffen sein dürfte. Dagegen sagt die „Erl. Stg.“ mit Recht: „Fürst Bismarck hat durch eine diplomatische Meisterleistung die Winzstige des Herrn Thiers durchkreuzt. Das Non possumus, mit welchem man in Brüssel Frankreich von den finanziellen Verpflichtungen zu degagiren suchte, und die zweifelhafte Situation, in welche die Regierung zu Versailles durch Thiers energielose Haltung gegenüber dem meritorischen Paris gelangt war, gaben dem deutschen Reich-



Kanzler das Recht, auf ein rascheres Tempo der Verhandlungen und auf stärkere Garantien zu dringen. Bei längerem Zögern der Pariser Regierung konnte nur der Besitz von Paris Deutschland ein Pfand gewähren, das allen politischen Eventualitäten gegenüber volle Sicherheit bot. Sich dieses Pfand zu nehmen, war der Reichskanzler entschlossen. Da die Pariser Regierung nicht geben konnte, was sie nicht befehl, war es selbstverständlich, daß zunächst an den factischen Besitzer, die Commune, die Aufforderung gerichtet worden wäre, sich dem Einzuge unserer Truppen nicht zu widersetzen. Wäre die Commune hierauf nicht eingegangen, so würde ein mehrtägiges Bombardement genügt haben, unsere Truppen ohne viel Blutvergießen zum Herrn der Stadt zu machen. Die Armee von Versailles wäre hinter die Loire zurückgewiesen und dadurch ein neuer Boden für die Verhandlungen geschaffen worden. Die Eröffnung dieser Perspektiven hat hingewirkt, Herr Thiers und seine Vollmachtträger von der Nothwendigkeit zu überzeugen, sich den deutschen Forderungen zu fügen. Und ferner: „Die Gerüchte über die Abrechnung einer halben Milliarde von den fünf durch den Anlauf der Distanz erklärt, die indessen den entsprechenden Werth repräsentiert. Die Abrechnung ist also nur eine scheinbare. Die Distanzgefahr soll zuerst 360 Millionen verlangt haben, nicht 800. Sie erhält, wie es heißt, 325 Millionen und 200 Millionen mehr, wenn sie auch den Theil der Bahn nach Basel abtritt. Also im Ganzen etwas über eine halbe Milliarde. Die Gesellschaft soll sich zu Concessionen herbeilassen haben, weil sie die Expropriation fürchtete, und die Aussicht erhielt, daß durch den etwas größeren, bei Velfort zugestandenem Kapon, welchen Frankreich gegen einen anderweitigen Ersatz bei Thionville gewinnen kann, die Herstellung ihrer Verbindungen in jener Gegend gefördert wird.“ Die Kreuz-Stg. äußert sich über die finanzielle Seite des Friedens: „Die Zahlungsfristen für die Entrichtung der Kriegskontribution sind verkürzt und schärfer definiert, die militärischen Garantien für die Einhaltung der Bedingungen verstärkt. Die erste Zahlung von einer halben Milliarde soll innerhalb 30 Tagen nach der Unterwerfung von Paris erfolgen; die deutschen Truppen sind aber erst nach der zweiten Ratenzahlung, zur Räumung der Pariser Forts verpflichtet.“ Uns scheint das allerdings nicht eine „schärfere Definition der Termine“, daß der erste 30 Tage nach der Eroberung von Paris angesetzt ist. Wir wollen in dem hoffen, daß der Tag nicht fern sei, wo das Blutvergießen um die Hauptstadt aufhört. Mit der größten Genugthuung sind aber die gerechten und freimüthigen Grundzüge, welche Fürst Bismarck zur Begründung seines Entschlusses entwickelte, gegen Frankreich auf handelspolitischem Gebiete keinen Zwang zu üben, anzuerkennen, denn damit ist auf Neue klar ausgesprochen, daß Deutschland keinerlei Einmischung, keinen Druck auf diejenigen Angelegenheiten anderer Völker auszuüben gedenkt, die sie vermöge ihrer Souveränität selbst zu ordnen haben. Das aber ist uns nun hinterher klar geworden, daß wir dem Wiederaufbrüche der Feindseligkeiten sehr nahe gekommen und ohne den Friedensschluß zu Frankfurt eine deutsche Occupation von Paris so gut wie beschlossen war.

Man erfährt jetzt die wahren Gründe, welche die Bismarck'sche Reise nach Frankfurt veranlaßt hatten. Die Brüsseler Verhandlungen waren geradezu ins Stocken gerathen, und die Franzosen machten Wien, auf dem Wege der Umgehung sich ihren in den Präliminarien gemachten Zusagen zu entziehen. Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, zum mindesten die deutsche Intervention, war fast unvermeidlich geworden. Bismarck, der bis dahin so zuversichtlich aufgetreten, durch die Militärpartei, den Kaiser und Molke in der Spitze, in die Enge gerathen. Da entschloß er sich, auf das Anerbieten der Pariser Regierung, directe Unterhändler nach Deutschland zu schicken, einzugehen und diesen nach Frankfurt entgegenzureisen. Er verließ mit aller Bestimmtheit, entweder sofort nach Frankreich zu gehen und die Franzosen hinter die Loire zurückzuwerfen oder mit dem Frieden in der Tasche zurückzukommen. Es scheint, daß die finanziellen Abmachungen die größten Schwierigkeiten geboten, daß aber auch hier die Umsicht und Sicherheit des Fürsten Reichskanzlers schließlich den richtigen Ausweg getroffen haben.

Da außer der Berathung des Militärpensionsgesetzes noch die Erledigung mehrerer durch den Friedensschluß veranlaßter Vorlagen nothwendig geworden, ist anzunehmen, daß sich die Reichstagsession über Pfingsten hinaus, etwa bis zum 15. Juni ausdehnen wird.

Der Bundesrath hat einstimmig den Antrag auf Gewährung von Diäten an die Reichstagsmitglieder abgelehnt.

Die offizielle „N. A. Z.“ sagt: „Mit Bezug auf die anonymen Beschwörungen, welche die Presse ungeachtet der Erklärungen, welche Graf Molke im Reichstage gegeben, noch fortwährend über die mangelhafte Verpflegung der Truppen in Frankreich veröffentlicht, können wir unsern Collegen die Versicherung geben, daß es der General-Intendantur sehr erwünscht wäre, spezielle Angaben darüber zu erhalten, bei welchem Truppentheile, wo und zu welcher Zeit die geschätzte mangelhafte Verpflegung stattgefunden hat, um diejenigen, welche Verpflegungsgegenstände von so schlechter Beschaffenheit oder in so ungenügend geringem Maße geliefert beziehungsweise für die Truppen in Empfang genommen haben, zur Verantwortung und Strafe ziehen zu können. Bisher hat ungeachtet der angestellten Nachforschungen kein Fall der geschätzten mangelhaften Verpflegung ermittelt werden können.“ — Das liegt daran, weil die militärischen Correspondenten aus disciplinären Gründen alle Ufsache haben, ihre Namen nicht der Deffentlichkeit anzuvertrauen. Sind doch ihre berechtigten Vorstellungen an Ort und Stelle oft genug als unnütze Beschwörungen zurückgewiesen.

Sehr erfreulich hat in Abgeordnetenkreisen der Besuch gewirkt, welchen eine neue Gesandtschaft aus dem Elfaß der Reichsregierung und dem Reichstage abstatte, nachdem die erste Commission unter Führung des Grafen Dalkheim zur allseitigen Befriedigung verlaufen war. In einer geselligen Vereinigung sämtlicher Reichstagsfraktionen waren die neuen Abgeordneten erschienen, und als Fürst Hohenlohe-Schillingensfürst die befreundeten Gäste begrüßte, war der Jubelruf ein allgemeiner. Der gute Wille, auf die eigenthümlichen Interessen des Elfaßes, so weit sie mit den Reichsinteressen irgend wie vereinbar sind, entgegenkommend einzugehen, ist

überall vorhanden, nur hier und da mit ein wenig Mißverständniß oder noch wenig Verständniß. Die Verhandlung mit Männern, welche als Eingeborene Land und Leute kennen, ist deshalb doppelt wünschenswerth. Andererseits kann es nur nützlich sein, wenn die Elfaßer von Männern, welche gewohnt sind, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, die Grenzen desjenigen erfahren, was zur Zeit für sie gethan werden kann. Die Herren sind spät, aber nicht zu spät gekommen, da wenigstens in der Commission die elfaßer Abgeordneten fast auf ein fait accompli gestoßen wären.

Der Reichstags-Abg. Herr v. Kardorff hatte im Reichstage die „Breslauer Hausblätter“ als ein „kleines kirchliches Schmeißblatt“ bezeichnet. Auf eine Replik des Herrn Blum, Redacteur der genannten Zeitschrift, weigert sich Herr v. Kardorff, sein abgegebene Urtheil zurückzunehmen, erklärte sich aber bereit, in anderer Weise Genugthuung geben zu wollen. Herr Redacteur Blum glaubt aus dieser Erklärung entnehmen zu müssen, nicht daß sein Gegner ihn auf den Rechtsweg verweist, sondern daß er sich mit ihm duelliren will und appellirt deswegen an das Einsehen seiner Leser, da ihm als Katholiken und Redacteur eines katholischen Blattes eine solche Genugthuung unerreichbar sei.

Die der Börse nahe stehenden Blätter sprechen jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit von einem Arrangement zwischen Strousberg und der rumänischen Regierung, nach welchem die Obligationen in procentige Papiere verwandelt werden sollen. Man empfiehlt dieses Arrangement dadurch, daß man sagt, sichere 5 pCt. seien besser als 7½ pCt., welche nicht gezahlt werden. Aber wer garantiert die Sicherheit der 5 pCt.? Uebrigens wird der „Elfaß-Stg.“ mitgetheilt, daß vor einigen Tagen hier eine Konferenz der bedeutendsten hiesigen Rechtsanwältinnen, darunter Lewald, Pasler, Stein u. a. m., in Angelegenheit der rumänischen Obligationen stattfand, und daß diese Herren einstimmig der Ansicht waren, daß die Zahlungspflicht der Concessionäre ganz zweifellos sei. Es würde interessant sein, wenn dies vor dem Arrangement festgestellt würde, da ja dann jeder, welcher die Herren nicht nur für zahlungspflichtig, sondern auch auf die Dauer für zahlungsfähig hält, ruhig seine 7½ procentigen Papiere behalten und die Zinsen alle halbe Jahr bei Herrn Dr. Strousberg oder auch bei dem Herzog von Lles einziehen könnte.

In einer Berliner Nachricht der „Times“ findet sich die Notiz, daß nicht weniger als 40 französische Generale, darunter auch einige Marischälle, bevor sie Deutschland verließen, in einer Zusammenkunft in Frankfurt nach reiflicher Erwägung aller Umstände sich für Napoleon IV. ausgesprochen hätten.

Eine im „Echo du Luxembourg“ veröffentlichte Correspondenz sagt: „Die deutsche Regierung hat während der letzten Monate eine Aufnahme der französischen Gefangenen nach dem Gesichtspunkte ihrer dynastischen und gouvernementalen Sympathien machen lassen. Können Sie wohl glauben, daß sich unter den 320,000 Gefangenen gegen 180,000 Bonapartisten fanden? Hatte ich nicht recht, als ich vor 6 Monaten sagte, die Unwissenheit, die Vorurtheile, der Fanatismus seien bei diesem Volke, das durch das allgemeine Stimmrecht zum Souverän gemacht worden ist, so eingewurzelt, daß in Frankreich Alles möglich sei, selbst eine bonapartistische Restauration? Jetzt gehe ich weiter; ich halte eine Restauration Napoleons nicht bloß für möglich, sondern für wahrscheinlich und nahe, und das ist auch die Meinung der verständigsten und aufgeklärtesten Franzosen.“

In Bezug auf die verstärkte Freilassung der französischen Gefangenen, die der Reichskanzler in seiner Rede in Aussicht stellte, erzählt die „M.-Corr.“, daß ungefähr noch 60,000 Mann sofort nach Frankreich zurückgeführt werden, der Rest dagegen bis nach vollständiger Niederwerfung des Aufstandes in Paris in Deutschland verbleibt.

Die Arbeitseinstellung der hiesigen Schuhmacher-Gesellen ist nunmehr factisch beendet. Trotzdem die verheiratheten Gesellen fast durchgängig an dem Strite sich nicht beteiligten, sind die Forderungen doch zum größten Theile bewilligt worden.

Die am hiesigen Plage beabsichtigten regelmäßigen Auktionen von Colonialwollen dürften, wie die „N. A. Z.“ hört, im October ihren Anfang nehmen, zu welchem Zwecke bereits ca. 4000 Ballen Capwollen angekauft worden.

Gotha, 13. Mai. In dem Befinden des Herzogs ist neuerdings eine Besserung eingetreten. Am 11. ist ein R. Leibarzt von London hier eingetroffen. In Coburg wird das Palais des Prinzen Alfred auf Befehl der Königin Victoria hergerichtet.

Hamburg, 13. Mai. Gestern Abend wurde hier eine Bank unter dem Namen „Hypotheken-Bank“ constituiert. Das Anlagekapital beträgt 2½ Millionen Thlr., welche sofort gezeichnet sind. Gründer sind: Die Vereinsbank, Haller Söhne, die Berliner Handelsgesellschaft, die preussische Hypotheken-Ver sicherungsgesellschaft.

Karlsruhe, 13. Mai. Bei der gestern stattgehabten Reichstagswahl im 8. badischen Wahlbezirk für den kirchlichen Kaufmann Lindau, der sein Mandat niedergelegt, ist der kirchliche Candidat, Dekan Penber, gewählt worden.

München, 12. Mai. Der Magistrat der Stadt München beruht heute über den katholischen Religionsunterricht an der höheren Töchterschule. Denselben erhält ein Geistlicher, Namens Dr. Streber, welcher auch Religionslehrer an einer hiesigen Studienanstalt ist, und an letzterer das Unfehlbarkeitsdogma gelehrt und Döllingers Excommunication verurtheilt hat. Nachdem dies dort schon vielfach Aergerniß gegeben, und das Rectorat zu einem Bericht an die Kreisregierung mit der Bitte, „diesem Unfug zu steuern“, veranlaßt hat, beschloß nun der Magistrat an die Kreisregierung die Bitte zu stellen, daß Dr. Streber sofort aus der höheren Töchterschule entfernt werde, und beizusetzen, daß, wenn in 14 Tagen eine Entschickung nicht erfolgt sein sollte, der Magistrat sich befugt erachte, von seinem Hausrechte Gebrauch zu machen und dem Dr. Streber die Thüre zuzuschließen. Ferner wurde beschlossen, an die Kreisregierung die Vorstellung zu richten, daß sie kraft ihres Deraufsichtsrechts Sorge tragen möge, daß auch von den Volksschulen die Standale und Wirren ferngehalten werden, welche die Verkündigung des neuen Dogmas bereits dort hervorgerufen habe, da manche Eltern sich weigern, die Kinder in den Religionsunterricht zu schicken, die Kinder sich als Alt- und Neukatholiken bezeichnen. 2c.

Stuttgart, 11. Mai. Trotz allen officiellen Dementis dauern die Klagen unserer im Feld stehenden Soldaten über unzureichende Verpflegung und unangenehme Behandlung fort. Namentlich gegen das preussische schwarze Brod und gegen den Speck wird aufs Energischste protestirt von allen möglichen sonst sehr kriegstüchtigen Mägen und Gurgeln, deren Inhaber nicht begreifen können, daß auch diese Reformation in pejus zu Gunsten der deutschen Einheit unumgänglich nothwendig sei. Die Klagen lauten so übereinstimmend, so bestimmt in ihren Details, sie treffen auch mit dem, was von den Söhnen anderer deutscher Stämme in ihrer Heimath berichtet wird, so genau zusammen, daß man, mag auch noch so viel auf Rechnung des Mißmuths und des Heimwehs zu setzen sein, schon eine „beste Quelle im Staatsanzeiger“ oder ein best abjustirtes Stabsoffizier sein muß, um von oben herab über Unverschämtheit oder Unbescheidenheit abspornen zu können. Namentlich will es den Soldaten nicht hinunter, daß man zu Hause den gefangenen Franzosen feineres Brod geboten, weil sie an weißes Brod gewöhnt, das ordinäre Commisbrod nicht vertragen konnten, und daß sie, die Sieger, an dieses Commisbrod gewöhnt, jetzt im Felde lernen sollen, größeres schwarzes Brod, den Pumpernickel, mit dem man sie auch nicht aufgefüttert, zu verbauen. (Nicht allein weißes Brod bekommen die gefangenen Herren Franzosen, wie der Stuttgarter Brief sagt, sondern auch, wie wir genau wissen und verbürgen können, haben sie hier in Danzig täglich Buder zum Kaffee bekommen, weil ihnen derselbe ohne die süße Beimischung nicht schmecken würde. Wie mancher unserer braven Soldaten mag solchen Lurus sich höchstens an großen Festtagen gestatten, wie Viele mögen denselben gar nicht kennen! D. R.)

Wien, 13. Mai. Die italienische Regierung hat hier die spätestens Anfang Juli bevorstehende Ueberbelagerung nach Rom angezeigt. — Der „Volksfreund“ veröffentlicht ein Bittgebet von 28 österreichischen Erzbischöfen und Bischöfen an den Kaiser, worin dieselben unter Hinweis auf die seit dem 20. September 1870 in Rom vollzogenen Ereignisse den Kaiser bitten, er möge den Minister der auswärtigen Angelegenheiten beauftragen, der italienischen Regierung die Mißbilligung ihres Verfahrens zu Rom unabweisend auszusprechen und dieselbe darüber nicht im Zweifel zu lassen, daß der Kaiser eine wahre und ausreichende Sicherstellung der vollen Unabhängigkeit des Papstes für durchaus unerlässlich erachte. Die Bittsteller führen aus, daß der Papst die Stadt Rom nicht einem angewiesenen Gebiete, sondern zugleich der Welt anvertraut, daß nicht nur alle katholischen Mächte, sondern auch die protestantischen Fürsten, in deren Ländern die katholische Bevölkerung zahlreich ist, dabei theilhaftig seien, daß der Papst nicht zu Gunsten Italiens seiner Unabhängigkeit und der ihm zustehenden äußeren Hilfsmittel beraubt werde und daß dieselben im Falle einer annehmbaren Vereinbarung das Recht haben, zu fordern, daß für die Sicherstellung solcher Vereinbarung gesorgt werde.

Pest, 11. Mai. Die Bäcker haben die Arbeit eingestellt. Nachmittags hielten sie und die Schneider eine unerlaubte Versammlung. Der behördlichen Aufforderung sich aufzulösen, widersetzten sie sich. Eine Abtheilung Trabanten wurde vertrieben und mißhandelt, die Waffen derselben zerbrochen. Drei Compagnien Infanterie und eine Abtheilung Ulanen sind ausgerückt; um die umliegenden Gassen wurde ein Cordon gezogen. Innerhalb desselben dauert die Schlägerei fort. Es ist das Gerücht verbreitet, daß mehrere schwere Verwundungen vorgekommen seien. Für die Nacht sind die umfassendsten Vorkehrungen getroffen. Auf dem Wege zur Versammlung wurden rothe Placate social-demokratischen Inhaltes vertheilt und angeschlagen. Volksgruppen standen in allen Gassen der Theresienstadt. Die Aufregung in den Arbeiterkreisen ist besorgniserregend.

Bern, 13. Mai. Die Commission des Ständeraths zur Revision der Bundesverfassung faßte folgende Beschlüsse: Handels- und Gewerbefreiheit werden gewährleistet; der Bundesgesetzgebung und der Aufsicht des Bundes unterliegen Auswanderungs- und Privatagenturen, die Verwendung von Kindern in Fabriken, der Bau und Betrieb von Eisenbahnen. Der Deraufsicht des Bundes unterliegt ferner das Bankwesen und die Ausgabe von Banknoten. Die Errichtung von Spielbanken wird verboten, die bereits bestehenden sollen nach Ablauf der Concession erlöschen.

London, 12. Mai. Das Haus der Gemeinen wird sich vom Freitag vor Pfingsten bis zum Donnerstag nach dem Feste vertagen.

Paris, 12. Mai. In einer Proclamation des Wohlfahrtsausschusses heißt es: Die Commune wie die Republik sind so eben einer tödtlichen Gefahr entgangen. Der Verrath hatte sich in unsere Reihen eingeschlichen. Gold ist mit vollen Händen ausgekreut worden und hat auch künstliche Gewissen gefunden. Die Räumung des Forts Issy durch jenen Elenden, welcher es ausgeliefert hat, war nur der erste Akt in jenem Drama eines monarchischen Infurrection. Die Ueberrumpelung eines Thores der Stadt sollte sich hieran schließen; indessen alle Fäden des Gewebes sind in unseren Händen. Die meisten Peruanen sind verhaftet. Das Kriegsgericht ist in Permanenz versammelt und Gerechtigkeit wird geübt werden. — Die Journale „Moniteur“, „Observateur“, „Univers“, „Spectateur“ und „Etoile“ sind unterdrückt. — Ein Bericht Delescluzes vom gestrigen Tage meldet: Für die Bewachung der Wälle ist hinreichend Sorge getragen. Eine starke Reserve ist für Nothfälle bereit und im Stande, jeder Ueberrumpelung Trotz zu bieten. Die Situation in Issy hat sich nicht geändert. Fort Vanvres war kurze Zeit hindurch einigermaßen gefährdet; es war geräumt, wurde aber alsbald von Wroblewski durch einen Bajonetangriff wieder genommen. — Schläger ist wegen Einverständniß mit dem Feinde unter Anklage gestellt. — Wie versichert wird, soll Delescluze ganz mit dem Centralcomité gebrochen haben; letzteres soll dem Journal „Justice“ zufolge seinen Entschluß, auf die Leitung der Kriegsverwaltung zu verzichten, wieder zurückgenommen haben. — Der Civildelegirte für das Kriegswesen, Moreau, hat seine Entlassung gegeben. — Die Vendomesäule steht noch immer unbeschädigt.

Der Pariser Correspondent der „Daily News“ schreibt: Der Wohlfahrtsausschuß sandte Beauftragte ab, um die Bank von Frankreich zu untersuchen; die Beamten der Bank verweigerten aber den Zutritt. Die Commune annullirte hierauf das Decret des Wohlfahrtsausschusses und übernahm die Schutz der Bank. — Nationalgarden haben die Mobilien aus Thiers' Wohnung entfernt, das Haus soll zerstört werden. — 13. Mai, Morgens. Billioray wurde an Stelle von Delescluze zum Mitglied des Wohlfahrtsausschusses ernannt. Drei Nationalgarden wurden wegen angeblichen Verrathes in der Affaire von Moulin-Souquet erschossen, ein anderer wurde ebenfalls erschossen, ein anderer wurde ebenfalls erschossen, weil er beschuldigt wurde, Häutes Bruders dem Feinde überliefern zu wollen. — Die republikanische Liga beruht über die Haltung, welche in dem Falle einzunehmen wäre, wenn die Belagerer die Wälle überschreiten würden. Die Majorität der Mitglieder sprach sich dahin aus, daß die Liga in diesem Falle sich an dem Kampfe betheiligen und den Vertheidigern von Paris zur Seite stellen müsse, wer immer dieselben auch seien. — Die Polizei trifft Vorkehrungen, um jeden Versuch einer Bewegung der Nationalgarden gegen die Commune zu unterdrücken. (W. T.) — Die Commune hat die Bank von Frankreich aufgefordert, sofort 10 Millionen Francs zu zahlen. — In der Demolierung des Thiers'schen Hauses wird eifrig fortgeschritten. — Sämtliche Arrondissements von Paris sind militärisch besetzt worden. — Dombrowsky hielt bei Neuilly eine Revue ab, welcher Delescluze beiwohnte. (W. T. C.) — Der Pariser Correspondent der „Daily News“ dementirt die Nachricht, daß Thiers mit der Verfolgung der Prinzen von Orleans gebricht habe, dieselben dürften ruhig in Frankreich verbleiben. — 13. Mai, Abends. Das Central-Comité läßt in allen Quartieren Nachforschungen nach verborgenen Waffen und Dienstflüchtigen vornehmen. — Grouffet erließ Namens der Commune einen Protest gegen die Erklärung Thiers', daß, da die Commune der Genfer Convention nicht beigetreten sei, auch die Regierung von Versailles nicht die Verpflichtung habe, die Bestimmung derselben zu beobachten. Grouffet erklärt, die Commune habe stets die Gesetze der Menschlichkeit auf das Gewissenhafteste geachtet, sie habe niemals einen einzigen Artikel der Genfer Convention verletzt und sie trete der Convention ausdrücklich bei. — Aus den Verhandlungen der gestrigen Sitzung der Commune erzieht sich, daß jetzt der Wohlfahrtsausschuß alle Macht in sich concentrirt. (W. T.) — 14. Mai, Morgens. Wie versichert wird, soll die Regierung in Versailles eine Waffenruhe bewilligt haben, um den Einwohnern von Vanvres, Issy und Montrouge die Möglichkeit zu gewähren, ihre Wohnungen zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen. Die Waffenruhe dürfte heute Morgen eintreten. — Zwei Delegirte der republikanischen Union wurden in St. Pierre auf der Fahrt nach Vorbeaux angehalten. Fortwährend erhalten sich Gerüchte über Verschwörungen gegen die Commune. 47 als Nationalgarden verkleidete Gendarmen wurden verhaftet, alle Posten verdoppelt. Ferre wurde an Stelle Curmetts zum Polizeipräsidenten ernannt. In jedem Arrondissement wird ein Polizei-Control-Commissariat errichtet. Ein Schreiben des Obersten Brunel an die Commune zeigt an, daß die im Dreißig bisher stationirt gewesenen Jägerbataillone ihre Positionen im Auftrage des Delegirten für das Kriegswesen gestern während seiner Abwesenheit verlassen hätten und nach Paris zurückgekehrt seien. Brunel verlangt sofortige Untersuchung des Vorfalles. Die Beschießung des Forts Vanvres wird lebhaft fortgesetzt. Gestern versuchten die Pariser Truppen Biedre zu nehmen, wurden jedoch zum Rückzuge gezwungen. Die Pariser Truppen halten das Thal des Bièvre besetzt.

Verailles, 13. Mai. Mac Mahon hat gestern einen Tagesbefehl an die Truppen erlassen, in welchem es heißt: „Soldaten! Ihr habt dem Verrathen entsprochen, welches Frankreich in Eure Tapferkeit und Thatkraft gesetzt hatte. Ihr habt alle Hindernisse beseitigt, welche Euch die Infurrection in den Weg legte, die über alle von Euch gegen die fremden Truppen vorbereiteten Hilfsmittel verfügte.“ Der Tagesbefehl zählt hierauf alle von der Armee in der letzten Zeit vollbrachten Thaten auf, die Gefangenennahme von 3000 Insurgenten, die Befreiung von 151 Gefangenen und fährt fort: „Das Vaterland zollt Euren Erfolgen Beifall; es sieht in denselben das Angehen des nahen Endes des Kampfes, welchen Alle beklagen. Paris ruft uns zu seiner Befreiung von der angeblichen Regierung, welche es unterdrückt. Binnen Kurzem werden wir die nationale Fahne auf den Wällen aufpflanzen und die Wiederherstellung der Ordnung erreicht haben, welche von Frankreich und von ganz Europa gefordert wird. Soldaten! Ihr habt den Dank des Vaterlandes verdient.“ (W. T.) — 13. Mai, Abends. Nationalversammlung. General Dubouat zieht seine Interpellation bezüglich der Municipalitätswahlen in Niore angesichts der gegenwärtigen Lage zurück, bei welchem Anlasse er sagt: „Wir stehen am Vorabend einer Schlacht, welche, wie ich hoffe, entscheidend sein wird.“ — Favre legt den Friedensvertrag vor, welchen er den Abtheilungen zur Prüfung zu überweisen beauftragt. Favre betont den unheilvollen Eindruck, welchen die Infurrection vom 18. März hervorgerufen habe und durch welche Alles in Frage gestellt worden sei. „Man bezweifelt unsere Kraft, unsere Angelegenheiten zu besorgen, und die Herrschaft der Ordnung selbst wiederherzustellen. Der Abschluß des Friedens erschien wieder zweifelhaft. Es ist uns gelungen, das Mißtrauen des Fürsten Bismarck zu beseitigen und ihm die Ueberzeugung beizubringen, daß Frankreich, nachdem der Friede einmal unterzeichnet worden, entschlossen sei, alle Bestimmungen desselben auszuführen. Die Friedensunterhändler begreifen, daß der Friede im Inneren beider Länder abgeschlossen werden müsse. Unglücklicher Weise waren wir nicht im Stande, die schwere Last, welche uns die Infurrection von Paris aufgebürdet hat, abzuschütteln. Die Insurgenten sind für die Verwirklichung der Lage des Vaterlandes verantwortlich. Sie haben Deutschland die Nothwendigkeit einer Verlängerung der Occupation auferlegt. Wir werden aber die Ordnung mit Gewalt wieder herstellen und wie schon vor seiner Maßregel zurück, welche uns durch den Aufstand geboten erscheint. Was die übrigen Bedingungen des definitiven Friedens anbelangt, so sind sie dieselben, wie sie in den Präliminarien festgesetzt wurden. Der Betrag für den Anlauf der Eisenbahnen in den abgetretenen Gebietstheilen wird in der Höhe von 325 Mill. in die beiden ersten Mil-







